



02.07.2012

Mexiko gut gewappnet gegen Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise

Land steht vor Präsidentschafts- und Parlamentswahlen / Neue Regierung könnte Ölsektor öffnen / Von Peter Buerstedde

Mexiko-Stadt (gtai) - Der amtierende mexikanische Präsident Felipe Calderon dürfte seinem Nachfolger im Dezember eine robust wachsende, stabile Volkswirtschaft übergeben. Mexiko wählt am Sonntag, 1.7.12, ein neues Staatsoberhaupt und ein neues Parlament. Sollte daraus eine Regierung mit klaren Mehrheitsverhältnissen hervorgehen, könnte das den Reformprozess beschleunigen und die Grundlagen für stärkeres Wachstum legen.

Die mexikanische Wirtschaft ist makroökonomisch bemerkenswert stabil. Die Inflation dürfte sich 2012 nach 3,4% im Vorjahr 2012 erneut zwischen 3 und 4% einpendeln. Die Staatsverschuldung lag Ende 2011 bei rund 32% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und das Defizit dürfte 2012 etwa 3% erreichen. Eine Verschärfung der europäischen Schuldenkrise könnte zwar den Zugang internationaler Investoren zu Finanzmitteln erschweren, gleichzeitig aber Mexiko wie andere Schwellenländer als Anlagealternative interessanter machen. Diese gegensätzlichen Effekte spiegeln sich auch in den leichten Aufwärts- und Abwärtsbewegungen des Außenwerts des mexikanischen Peso gegenüber dem US-Dollar wider.

Sollte sich die europäische Schuldenkrise aber drastisch verschärfen und ausweiten, könnte sie den Wirtschaftsaufschwung in den USA und damit auch die Konjunkturentwicklung in Mexiko in Mitleidenschaft ziehen. Rund 80% der mexikanischen Exporte gingen 2011 in die USA. Gleichzeitig sind die Zuflüsse von Rücküberweisungen der Auslandsmexikaner wichtig für Konsum und Tourismus, die sich seit Anfang 2012 wieder kräftiger entwickeln.

Das Wirtschaftswachstum in Mexiko ist derzeit breit aufgestellt. Seit zwei Jahren steigt die Kreditvergabe an Unternehmen und Verbraucher und treibt Investitionen und Konsum an. Fallende staatliche Infrastrukturinvestitionen werden durch Projekte der Privatwirtschaft sowie den Wohnungsbau aufgefangen. Die Industrie wächst dank der steigenden Exportnachfrage. Vor allem der Kfz-Sektor profitiert weiter vom zaghaften Aufschwung in den USA, wo die Verbraucher die in der Krise aufgeschobenen Neuwagenkäufe nachholen.

Das Wachstum dürfte 2012 erneut real etwa 4,0% erreichen. Mit etwa 112 Mio. Einwohnern und bis zu 40 Mio. potenziellen Abnehmern in der Mittelklasse bietet Mexiko einen Markt für Konsumgüter, der es durchaus mit Märkten in Europa aufnehmen kann. Zudem ist die demographische Entwicklung Mexikos besonders günstig. Der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird für einige Jahrzehnte besonders groß sein, da durch eine niedrige Geburtenrate weniger junge Menschen hinzukommen und auch der Anteil der über 65-Jährigen erst langsam steigt. Mexiko dürfte 2012 damit schneller wachsen als Brasilien.

Das mittelfristige Wachstumspotenzial siedeln Wirtschaftsexperten bei unter 4% pro Jahr an. Als Grund nennen sie den schwachen Wettbewerb, die geringe Verfügbarkeit von Krediten, Defizite bei Bildung und Forschung, sowie wenig flexible Arbeitsgesetze. Trotz zahlreicher

Reforminitiativen konnte die amtierende Regierung unter anderem aufgrund einer Oppositionsmehrheit im Kongress nicht entscheidend vorankommen. Nun wählen die Mexikaner nicht nur einen neuen Präsidenten, sondern auch sieben Gouverneure und Bundes- und Gemeindeparlamente. Klarere Mehrheitsverhältnisse könnten den Reformprozess erleichtern.

Mit der kritischen Sicherheitslage tritt die neue Regierung im Dezember ein schwieriges Erbe an. Die Unsicherheit verstellt auch deutschen Unternehmen vielfach den Blick auf das Potenzial Mexikos. Hier erscheint eine radikale Imagekorrektur, wie Kolumbien sie zum Teil erreicht hat, als notwendige aber mittelfristig schier unlösbare Aufgabe.

Die Regierung 2012 hat zumindest die Mordrate nach den Höchstständen von 2011 leicht zurückführen können. Dennoch dominieren Meldungen über die zum Teil spektakulär inszenierten Mordtaten die Medien. Dabei lag die Mordrate selbst zu Rekordzeiten niedriger als etwa in Brasilien oder Kolumbien. Die Gewalt konzentriert sich zudem auf einige Landesteile und ausländische Unternehmen sind nicht das bevorzugte Angriffsobjekt der Kartelle.

Obwohl die Strategie Präsident Calderón gegen die Drogenkartelle im Wahlkampf stark kritisiert worden ist, dürfte seinem Nachfolger mangels Alternativen kaum etwas anderes bleiben, als die Linie fortzusetzen. Eine Strafrechtsreform sowie die weitere Aufrüstung der Bundespolizei und Säuberung der Polizeikräfte auf Bundesstaats- und Gemeindeebene hat die derzeitige Regierung bereits auf den Weg gebracht.

Die Unsicherheit hat Auswirkungen auf Investitionszuflüsse und den Tourismus, die schwer quantifizierbar sind. Deutsche Unternehmen, die schon im Vorhinein das Land als zu gefährlich abschreiben, tauchen in keiner Statistik auf. Die Auslandsinvestitionen haben sich dennoch stark entwickelt und werden vor allem von zwei Entwicklungen angetrieben.

Wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern haben die hohen Rohstoffpreise zahlreiche Explorationsunternehmen im Bergbau nach Mexiko gelockt. Die derzeit gültigen etwa 27.000 Bergbaukonzessionen decken lediglich 15,7% des Landes ab. Mehr als 60% der Landesfläche gelten aber als aussichtsreich. Mexiko zog 2011 mit 4,7 Mrd. US\$ die höchsten Bergbauinvestitionen in Lateinamerika an und nimmt auch weltweit eine der vorderen Positionen ein. Obwohl ausländische und vor allem kanadische Unternehmen wie Goldcorp, der größte Gold-Förderer in Mexiko, ihr Engagement ausweiten, geht das Gros der Investitionen auf die großen mexikanischen Bergbaukonzerne Grupo México, Peñoles und Frisco zurück.

Auslandsinvestitionen in ausgewählten Ländern Lateinamerikas (kumuliert 2007 bis 2011)

	Auslandsinvestitionen (Nettozuflüsse, in Mrd. US\$)	Verarbeitende Industrie (Anteil in %)	Rohstoffsektoren (Anteil in %)
Brasilien	224,5	43,1	23,2
Mexiko	113,8	41,5	8,2
Chile	60,7	3,6	44,5
Kolumbien	46,9	11,6	58,9
Argentinien	36,2	41,6	27,4

Quelle: Cepal

Die Investitionen in die Industrie, die viel zu den Gesamtinvestitionen beitragen, dürften weiter zunehmen. Studien von Unternehmensberatungen haben gezeigt, dass Mexiko als Exportstandort für den US-Markt günstiger ist als die VR China und weite Teile Ostasiens. Steigende

Treibstoffkosten und Lohnkosten haben die Wettbewerbsfähigkeit dieser Regionen untergraben, während schwache Lohnsteigerungen, entwickelte Industriestrukturen und gut ausgebildete Ingenieure Mexiko immer attraktiver machen. So ist Mexiko etwa im Manufacturing-Outsourcing Cost Index des Beratungsunternehmens Alix Partners seit 2007 knapp vor Indien der günstigste Standort für die Belieferung des US-Marktes.

Die Weltwirtschaftskrise und die Nuklearkatastrophe in Japan haben die internationalen Produktions- und Zulieferstrukturen zusätzlich durchgeschüttelt. Mit Abklingen der Krise beginnen viele Unternehmen, sich neu aufzustellen, und dabei rückt Mexiko als Standort in den Fokus. So bauen die japanischen Autohersteller Nissan und Honda zusätzliche Fabriken. Mazda errichtet sein erstes Werk und auch Audi plant den Einstieg in die Montage in Mexiko, wo bereits der Mutterkonzern Volkswagen mit einem neuen Motorenwerk stark expandiert. Hinzu kommen zahlreiche Kfz-Zulieferer, die sich um die Produzenten scharen.

Auch die internationale Luftfahrtindustrie hat Mexiko zu einem der weltweit wichtigsten Zulieferstandorte erkoren. In wenigen Jahren will Bombardier in Queretaro einen Business-Jet montieren und Eurocopter wird dort ab 2013 Flugzeugteile fertigen.

Gute Geschäftsmöglichkeiten bieten sich deutschen Unternehmen im Energiesektor. Die Erdölindustrie ist in Mexiko ein wichtiger Traggpfeiler der Staatsfinanzen (2011: 33,7% der Haushaltseinnahmen). Doch die Fördermenge sinkt. Erreichte Mexiko 2004 ein Rekordniveau von 3,38 Mio. bpd, förderte der Sektor 2011 nur noch 2,55 Mio. bpd. Die hohe Abgabenquote des Staatskonzerns Pemex belässt dem Unternehmen nicht genügend Investitionsmittel, um die Reserven aufzufrischen und neue Felder zu erschließen. Vorsichtig hat die Regierung 2011 privates Engagement in der Nachbearbeitung reifer Ölfelder ermöglicht und durch verstärkte Investitionen den Einbruch bei der Förderung auffangen können. Diese Maßnahmen dürften aber nicht ausreichen, um 2018 die Zielvorgabe von 3 Mio. bpd zu erreichen.

Der bevorstehende Regierungswechsel könnte die Kehrtwende im Ölsektor bringen. Der derzeit aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat Enrique Peña Nieto der Partei PRI (Partido Revolucionario Institucional) etwa will privates Engagement im Ölsektor ermöglichen. Josefina Vázquez Mota, Kandidatin der derzeitigen Regierungspartei PAN (Partido Acción Nacional), will den Staatskonzern in ein börsennotiertes Unternehmen mit staatlicher Mehrheit verwandeln und strategische Kooperationen mit anderen Erdölgesellschaften erlauben. Beiden schwebt das brasilianische Staatsunternehmen Petrobras als Beispiel vor.

An zweiter oder dritter Stelle wird nach derzeitigen Umfragen neben Vázquez Mota auch Andrés Manuel López Obrador, Kandidat der Partei PRD (Partido de la Revolución Democrática) gehandelt. Er sieht zwar keinen Bedarf für privates Engagement im Erdölsektor und will vor allem durch Korruptionsbekämpfung mehr Investitionsmittel für Pemex generieren, verspricht jedoch zugleich den Bau fünf neuer Raffinerien.

Liberalisierungsschritte im Erdölsektor dürften auch zu einer Öffnung in der Petrochemie führen. Das wird verstärkt Investitionen nach sich ziehen, wie dies bereits in der Stromerzeugung zu beobachten ist. Dort sind seit einigen Jahren Kapazitäten zur Selbstversorgung zulässig.

Dieser Artikel ist relevant für:

Mexiko

Bergbau / Rohstoffe, allgemein, Wirtschaftspolitik, allgemein, Investitionen (Inland), Investitionsklima, allgemein, Konjunktur, allgemein, Öl, Gas, Produktion / Produktivität

KONTAKT

Christian Janetzke



0228/24993-255



Ihre Frage an uns

<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=601440.html>

© 2012 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und vom Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.